

IMMER HEFTIGERE KÄMPFE IN BRASILIEN: BAUERN GEGEN GROßGRUNDBESITZER

WEITERE THEMEN:

+++ WAHLEN IN DEN USA +++ WEIHNACHTSFEIER +++ HEXENJAGD AUF
ANTIFASCHISTEN +++ KAMALA HARRIS' FEMINISMUS: NICHTS FÜR UNS
+++ SCHANDE DER IG METALL +++ REGIERUNGSBILDUNG IN SACHSEN +++

REGIERUNGSKRISE UND NEUWAHLEN

WAHLEN?

NEIN!



RATTEN UND SCHIMMEL

WER TRÄGT EIGENTLICH DIE
VERANTWORTUNG FÜR DEN ZUSTAND
DES "WEISSEN RIESEN" IN DUISBURG?

INHALT

3 EDITORIAL

INTERNATIONAL

4 NOTIZEN ZUM AUSGANG DER US-WAHLEN

5 BRASILIEN: DER KAMPF UM BARRO BRANCO

FRAUEN

8 KAMALA HARRIS - EIN BEISPIEL BÜRGERLICHEN FEMINISMUS

BRD

10 WAHLBOYKOTT

14 SCHANDE ÜBER DIE IG METALL

15 SACHSEN HEXENJAGD AUF ANTIFASCHISTEN

16 NRW UMENSCHLICHE LEBENSBEDINGUNGEN IM „WEISSEN RIESEN“ IN DUISBURG

19 SACHSEN GESCHEITERTE KOALITIONSSONDIERUNGEN

FRAUEN - INTERNATIONAL

20 DIE ROLLE DER FRAUEN IN DER SCHLACHT VON BARRO BRANCO

KULTUR

22 WEIHNACHTSFEIER

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

in den vergangenen Wochen hat der US-Imperialismus in seinem Krieg gegen die Völker Westasiens an einer Front eine Niederlage erlitten: Israel war gezwungen, den Aggressionskrieg gegen den Libanon vorerst aufzugeben. Nach 2006 ist dies ein weiterer wichtiger Erfolg für den libanesischen Widerstand. Gleichzeitig wurde sogar von einer imperialistischen Institution, dem sogenannten Internationalen Strafgerichtshof, bestätigt, dass es sich bei der Führung des Staates Israel um Verbrecher gegen die Menschlichkeit handelt und entsprechende Haftbefehle wurden erteilt.

Der deutsche Imperialismus hat in dieser Hinsicht mit der neuen Gesetzgebung zum Antisemitismus und der ihr zugrunde liegenden Definition der 'International Holocaust Remembrance Alliance' (IHRA) ein Grundlage geschaffen jede antiimperialistische Bewegung und Äußerung mit einer Repression zu überziehen, die der berüchtigten McCarthy-Ära in nichts nachsteht. Immer mehr Reaktion auf der ganzen politischen Linie und gleichzeitig hat die Regierung Scholz ihr Scheitern mit dem Bruch der Regierungskoalition formalisiert. An der grassierenden Wirtschaftskrise und auch der politischen Krise wird dies nichts ändern, im Gegenteil.

Neben den Brandherden die sich von West nach Ost – vom Mittelmeer bis zum Pazifik erstrecken – über Asien erstrecken ist insbesondere in Lateinamerika zu beobachten, dass sich dort die Massen mehr und entschiedener im Kampf erheben.

Dabei ist die Entwicklung der brasilianischen Revolution ein Prozess, der gerade heute besondere Aufmerksamkeit verdient. Unlängst wurde auch von offiziellen brasilianischen Institutionen bestätigt, dass durch die Staats- und Militärführung ein Staatsstreich geplant war. Der konterrevolutionären Offensive stellt sich das brasilianische Volk vielfach entgegen und entwickelt seinen Kampf, immer mehr auch unter einer kommunistischen Führung. Dabei ist insbesondere die zuletzt bekannt geworden Entwicklung auch von bewaffneten Aktionen auf dem Land und in der Stadt besonders beachtenswert.

In Ecuador gab es zuletzt, am 15. und 21. November, große Proteste gegen die Krise und gegen das Noboa-Regime. Der Staat versuchte diese Proteste im Keim zu ersticken. Griff die Demonstrationen massiv an. Viele wurden festgenommen. Doch die kämpferischen Massen leisteten Widerstand. Insbesondere die täglichen Stromausfälle, die bis zu 14 Stunden andauern, sind Auslöser für sehr große Wut im Volk.

In Kolumbien schreitet die antiimperialistische Organisation voran. Auch weil die Yankees eine neue Navy-Basis auf der Insel Gorgona baut, hat der antiimperialistische Kampf einen neuen Impuls auch innerhalb der Umweltbewegung bekommen.

International und auch hier im Land wird die Antiimperialistische Liga in diesen Zusammenhängen eine immer dringlichere Angelegenheit. Dieser Zusammenschluss von Antiimperialisten auf internationaler Ebene wird neue Zuversicht und Stärke auf Seiten der Klasse und des Volkes erzeugen.
Einheit! Kampf! Sieg!

Eure RoPo-Redaktion

NOTIZEN ZUM AUSGANG DER US-WAHLEN

Die „Republikanische Partei“ mit Donald Trump als Präsidentschaftskandidat hat die Wahl in den USA überraschend deutlich gewonnen. Neben der Präsidentschaft wurden auch ein Drittel des US-Senats und das gesamte Repräsentantenhaus gewählt. Es ist entscheidend, dass Trump und sein Vize Vance die Kontrolle über den Senat und das Repräsentantenhaus gewonnen haben. Trump hat im Gegensatz zu seiner ersten Amtszeit jetzt auch ein Team, das die parlamentarische Demokratie besser dirigieren kann. Das Justizministerium hat bereits angekündigt die Anklagen gegen Trump einzustellen. Der Erfolg gegen Gegner innerhalb der „Republikanischen Partei“ deutet in die gleiche Richtung: Die neue US-Regierung kann auf relativ stabile Verhältnisse hoffen.

Die wirtschaftliche Lage der USA ist im Vergleich zu anderen imperialistischen Ländern relativ gut. Dies liegt an den massiven Investitionen der Biden-Administration, etwa im Rahmen des „Green Deals“ und in die Infrastruktur. Dennoch gibt es Probleme wie Inflation, hohe Zinsen und eine hohe Staatsverschuldung. Zudem verschärfen sich Umweltprobleme, die regelmäßig Katastrophen verursachen. Viele Menschen haben keine Versicherungen und verlieren alles, wenn etwas passiert. Das könnte zu einer Immobilienkrise mit entsprechenden Folgen führen. Die neue Regierung muss die Wirtschaft stimulieren. Andernfalls könnte die interne Situation eskalieren. Solange es den Menschen aber einigermaßen gut geht, wird dies nicht passieren. Ein weiteres Problem sind die militärischen Niederlagen des US-Imperialismus. Die USA müssen ihre Streitkräfte weiter ausbauen, was ziemlich teuer ist und dauert. Einige Analysten glauben, dass die nächsten drei bis vier Jahre

entscheidend sein werden, um sich auf einen größeren Krieg vorzubereiten.

Trotz des Wahlausgangs bleibt die strategische Ausrichtung des US-Imperialismus aber grundsätzlich gleich. Die USA werden weiterhin versuchen, den russischen Imperialismus einzukreisen und zu vernichten. Sie werden auch ihre Pläne im Nahen Osten vorantreiben. Aktuell scheinen sie jedoch keinen Krieg mit Iran zu wollen. Diese Kontinuität bestätigt sich auch in den Erklärungen verschiedener Staaten.

Die Wahlbeteiligung in den USA sank von 62,8 Prozent im Jahr 2020 auf 57,8 Prozent. Etwa 153 Millionen US-Bürger nahmen an den Wahlen teil, was rund fünf Millionen weniger sind als 2020. Nur etwas mehr als 21 Prozent der Gesamtbevölkerung wählten den neuen Präsidenten, was die Ablehnung der Wahlen durch die Massen und die Legitimationskrise der bürgerlichen Demokratie zeigt.

Rund 20 Millionen US-Bürger wurde das Wahlrecht verweigert. Das Wahlsystem in den USA ist so gestaltet, dass insbesondere nicht-weiße Arbeiter nicht wählen können. Der Wahltag ist ein Arbeitstag, was es den Kapitalisten ermöglicht, zu entscheiden, ob ihre Arbeiter wählen dürfen. Zudem verlieren viele Vorbestrafte ihr Wahlrecht – Afroamerikaner machen 13 Prozent der Drogenkonsumenten aus, werden aber überproportional oft deswegen verhaftet und verurteilt. Änderungen in den Wahlbezirken reduzierten das Gewicht der Stimmen von nicht-Weißen. Obwohl Schwarze, Latinos und Asiaten fast 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen, stellen sie nur ein Drittel der wahlberechtigten Bürger.

Die politische Krise zeigt sich auch in zunehmender Gewalt gegen öffentliche Amtsträger und Wahlhelfer. Diese Gewalt hat seit den 1970er Jahren zugenommen, einschließlich eines ernsthaften Attentatsversuchs auf einen der Präsidentschaftskandidaten. Wahlhelfer werden mit Schießtrainings, kugelsicheren Westen und anderen Sicherheitsmaßnahmen geschützt. Ende Oktober 2024 gab es Brände an Stimmzettel-Boxen in Portland und Vancouver, Hunderte von Stimmzetteln wurden vernichtet. In Phoenix wurde ebenfalls eine Postsammelbox in Brand gesetzt. •



BRASILIEN: DER KAMPF UM BARRO BRANCO UND DER KAMPF GEGEN DIE SECHS-TAGE-ARBEITSWOCHE

Der Kampf des brasilianischen Volkes gegen den alten Staat, den bürokratischen Kapitalismus und den Großgrundbesitz intensiviert sich weiter. Zwei dieser Kämpfe stehen in den letzten Wochen besonders hervor: Der Kampf um Barro Branco, im Bundesstaat Pernambuco, und der landesweite Kampf gegen die sechs-Tage-Arbeitswoche.

Am 26. Oktober beschlossen die Bauern von Barro Branco, das von der „Invasão Zero“ (eine Organisation der Großgrundbesitzer) zerstörte Gebiet zurück zu erobern. Die Bauern werden organisiert von der Liga der armen Bauern (LCP). Der Beschluss wurde in der Volksversammlung von Barro Branco gefasst. Dort wurde ebenfalls beschlossen die Besetzung „Menino Jonatas“ zu Ehren eines vom Latifundium in Engenho Roncadorzinho ermordeten Jungen zu benennen.

Dieses Land ist wirklich wichtig, für die Produktion, und weil die Bauern ohne es anfälliger für die Angriffe des Latifundiums wären. Nach dem Angriff vom 28. September entschieden die Bauern dem Feind keine Chance zu geben.

In einer Erklärung hieß es: „Auf dem Weg des entschlossenen Kampfes für die Eroberung des Landes haben die Besetzer von Barro Branco die Fahne der Agrarrevolution noch höher gehisst, Seite an Seite mit der Fahne des heldenhaften nationalen Widerstands des palästinensischen Volkes.“

Mitte November gab es weitere verbrecherische Aktionen der Großgrundbesitzer gegen die Bauern. Die bewaffneten Lumpenbanden des Agrokonzerns „Agropecuária Mata Sul S/A“ und die Militärpolizei griffen das Lager Menino Jonatas an.

Die Lumpenbanden griffen eine florierende und wichtige Zuckerrohr-Plantage in der Region an. Sie setzten sie in Brand. Weitere Angriffe wurden mit Gift verübt, um die Bauern von ihrem Land zu vertreiben, aber alles war erfolglos.

Danach gab es einen weiteren feigen Angriff, bei dem in der Nacht des 14. November die Lumpen einen Zaun zerstörten und Vieh auf das Gelände des Lager trieben. Es sollte Unruhe und Zerstörungen im Lager



Localização de Jaqueira em Pernambuco



verursacht werden. Außerdem sollte dies einen neuen Angriff gegen die Bauern rechtfertigen, unter dem Vorwand „das Vieh zurück zu holen“. Auch dieser Angriff konnte zurück geschlagen werden.

Einige Tage später, in der Nacht zum 17. November, drang dann die Militärpolizei zum Lager vor und forderte die Bauern auf, ihr Land zu verlassen. Diesem Befehl widersprach u.a. ein Anwalt der Brasilianischen Vereinigung der Volksanwälte „Gabriel Pimenta“ (ABRAPO), die die Bauern vor Ort unterstützen. Doch die Militärpolizei ließ nicht nach. Entsprechend reagierten die Bauern. Eine große Anzahl strömte zum Ort des Geschehens. Dort wurde eine Barrikade errichtet. Unter den Schmährufen der Bauern zogen sich die Paramilitärs schließlich zurück.

Am 19. November wurde auf einer Sitzung der Kommission für Landwirtschaft, Viehzucht, Versorgung und ländliche Entwicklung (CAPADR) ein Antrag der „Invasão Zero“ genehmigt. Die „Invasão Zero“ ist eine Bewegung gegen die Bauern im Kampf, im Dienst der Großgrundbesitzer. Dieser Antrag erlaubt es nun mit Zustimmung des Staates, dass diese Reaktionäre die besetzten Ländereien Barro Brancos betreten. Das wird getarnt als eine „technische Inspektion“. Diese Inspektion wird wiederum als Vorwand für brutale Übergriffe auf die Menschen dort genutzt. Für diese Verordnung wurde eine Woche zuvor extra eine Sonderunterkommission, die sich mit „Sicherheit auf dem Land und der Mediation agrarischer Konflikte“ befasst, gegründet. Es geht um die Formalisierung des Kampfes und die Vernichtung der kämpfenden Bauern in Jaqueira. Dabei hat die Reaktion die Liga der armen Bauern als ihren Hauptfeind anerkannt.

Das Komitee zur Unterstützung der Besetzer von Barro Branco erklärte, dass angesichts der nationalen Mobilisierung von „Invasão Zero“ und der Agrarfraktion gegen die Besetzer von Barro Branco *„es die dringende Pflicht aller Demokraten und aller Volksorganisationen, der Studenten und ehrlichen Intellektuellen ist, eine große nationale Kampagne zur Verteidigung des Widerstands der Landwirte von Barro Branco und der Liga der armen Bauern zu starten, um die Bedrohung durch die extreme Rechte zu bekämpfen.“*

Die Nationale Kommission der Liga der armen Bauern hatte bereits im Oktober über die bedeutenden Auswirkungen des Widerstands in Barro Branco erklärt: *„Die Reaktion der bolsonaristischen Großgrundbesitzer, nach mehreren Niederlagen, die die LCP ihnen in Rondônia zugefügt hat, führte dazu, dass sie mit voller Unterstützung des damaligen Präsidenten Bolsonaro die paramilitärische Gruppe ‚Invasão Zero‘ gründeten. Diese hat in kurzer Zeit viele Verbrechen im ganzen Land begangen. In Barro Branco erlitt sie ihre erste Niederlage. Es wird nicht die letzte sein, denn immer mehr Bauern, Indigene und Quilombolas erkennen, dass sie nur durch Selbstverteidigung ihre Rechte sichern können. Bereits 2023 warnte die LCP in einer öffentlichen Erklärung die Bauern im ganzen Land und forderte sie auf, ihr Recht auf Land mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Diese bolsonaristische paramilitärische Horde führt ihren feigen Krieg auf dem Land. Es ist Krieg, was sie erhalten werden!“*





Wie sehr sich die Widersprüche in Brasilien verschärfen, zeigt sich auch an drei Angriffen mit Sprengstoff in den vergangenen Wochen.

Dies zeigt, dass sich der bewaffnete Kampf nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten entwickelt – sowohl von Seiten der Revolutionäre, als auch von Seiten der Reaktion. Es wurde unter anderem ein Wahllokal und eine Filiale der Santander Bank mit Bomben angegriffen.

Ebenfalls in den Städten entwickelt sich der Kampf der Arbeiter. Am 15. November gab es einen landesweiten Aktionstag gegen die sechs-Tage-Arbeitswoche.

In dutzenden Städten gab es Proteste. Tausende Arbeiter, aber auch Studenten und andere fortschrittliche Kräfte nahmen sich die Straße. Dabei spielte die Arbeiterliga eine antreibende Rolle, durch ihre Mobilisierung mit einem eigenen Aufruf. In diesem wurde unter anderem der Kampf der Arbeiter mit dem der Bauern verknüpft, die pseudo-linke Lula-Regierung entlarvt und zu einem Generalstreik des Nationalen Widerstands aufgerufen.

Viele hundert demonstrierten im Zentrum von Brasília. Viele Menschen beteiligten sich auch am Protest in Campina Grande. Hunderte versammelten sich im Stadtzentrum von Londrina, um für das Ende der sechs-Tage-Woche zu protestieren. Die Arbeiter nahmen auch die Straßen von São Paulo. Tausende Menschen marschierten über die Avenida Paulista.

Dutzende Schüler, Lehrer unterstützten die Arbeiter, auf den Straßen von Petrolina und Juazeiro. Weitere Hunderte demonstrierten in Manaus. Die Demonstranten marschierten zu Hunderten auf Avenida Autaz Mirim im Osten von Manaus.

Mehr als 600 Menschen protestierten in der Innenstadt von Curitiba. Die Demonstranten marschierten durch die Straßen des Zentrums der Hauptstadt Paraná, eines der Hauptgewerbezentren der Stadt. Überall wurden Flugblätter verteilt und von großer Unterstützung von der lokalen Bevölkerung berichtet. •

KAMALA HARRIS – EIN BEISPIEL BÜRGERLICHEN FEMINISMUS

Auch wenn Kamala Harris nicht zur Präsidentin der Vereinigten Staaten gewählt wurde, kann an ihrer Person und an ihrer Wahlkampf-Taktik vieles über den bürgerlichen Feminismus gelernt werden.

WAS MACHT KAMALA HARRIS ZUR VERMEINTLICHEN FEMINISTIN?

Jede Klasse hat ihren eigenen Feminismus: Die Bourgeoisie, die Kleinbourgeoisie und das Proletariat. Der klasseneigene Feminismus ist immer mit den jeweiligen Interessen der eigenen Klasse verbunden.

Proletarischer Feminismus dient den Interessen des Proletariats, er dient also dazu, dass Frauen für den Kampf für den Kommunismus mobilisiert, politisiert und organisiert werden. Der bürgerliche Feminismus zielt auf einen Erhalt des Imperialismus und eine Verbesserung der Stellung der bürgerlichen Frau, als Frau der herrschenden Klasse, innerhalb der bestehenden Ordnung ab. Dabei sehen wir auch, dass bürgerliche Feministen ihren Feminismus häufig als etwas „universelles“ und „für alle Frauen“ gültiges ansehen.

SIND BÜRGERLICHE FRAUEN NICHT VOM PATRIARCHAT BETROFFEN?

Auch bürgerliche Frauen sind vom Patriarchat betroffen. Aber in einem viel geringeren Maß als proletarische Frauen und die Frauen des Volkes. Bei Kamala Harris sehen wir das z.B. daran, dass sie immer wieder darauf reduziert worden ist, dass sie eine Frau ist und ihr möglicher Sieg ein historisches Ereignis gewesen wäre.

Harris widersprach dem oft, indem sie auf ihre Kompetenzen aufmerksam machte, die sie für das Präsidentschaftsamt qualifizierten. Sollte man deswegen Mitleid mit ihr haben? Nein. Denn ihre angesprochenen Kompetenzen sind derart, wie man am besten die unterdrückten Völker der Welt auf brutalste Art und Weise ausplündert und unterjocht,

damit der Yankee-Imperialismus weiterhin die einzige imperialistische Supermacht bleibt. Sie hat also die nötigen Kompetenzen, die es als Staatsoberhaupt für den Yankee-Imperialismus als einzige imperialistische Supermacht benötigt.

BÜRGERLICHER FEMINISMUS BEI HARRIS

Klar wird die Sache, wenn man betrachtet, was Harris vor einiger Zeit bei einer UN Versammlung zur Frage des Status von Frauen sagte: *„Der Status der Demokratie hängt auch fundamental von der Ermächtigung von Frauen ab. Nicht allein weil die Exklusion von Frauen im „Entscheidungen-Machen“ ein Zeichen einer einwandfreien Demokratie ist, sondern weil die Teilnahme von Frauen Demokratie stärkt.“* Damit meint sie die bürgerliche Demokratie innerhalb der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Denn sie sprach weiter davon, welchen Fortschritt die USA gemacht hätten, indem mehr Frauen in gewählten Ämtern wären, für ihre Familien finanziell sorgten oder Karrieren innerhalb des Militärs gemacht hätten.

ABTREIBUNGSRECHTE ALS ERSTE PRIORITÄT

Kamala Harris hat sich im Wahlkampf besonders durch die Forderung der Wiedereinführung des Abtreibungsgesetzes nach dem Grundsatzurteil Roe vs. Wade hervorgetan. Dieses wurde 2022 aufgehoben und das Abtreibungsgesetz wurde wieder in die Hände der einzelnen Bundesstaaten gelegt, woraufhin es in einigen Bundesstaaten absolute Abtreibungsverbote gab. Kamala Harris wollte Frauen wieder in allen Bundesstaaten das Recht auf Abtreibung geben. Bei einer Wahlkampfveranstaltung gab sie an, dass dies ihre erste Priorität sei. Trump konterte geschickt.

AUFSTEIGEN IM SYSTEM

Harris geht es darum die privilegierte Stellung bürgerlicher und kleinbürgerlicher Frauen innerhalb des imperialistischen System zu erhalten und ihnen die Möglichkeit zu geben innerhalb dessen aufzusteigen. Auch wenn sie es weniger offensiv, aber dafür nicht weniger effektiv, genutzt hat, dass sie eine Frau und dazu



noch schwarz ist, hat sie doch auch mit dieser Taktik viele Frauen an die Wahlurnen geholt, die ihr Vertrauen in die bürgerliche Demokratie vermeintlich gestärkt sahen. Bürgerlich-feministische Popstars wie Beyoncé, die bei einem Wahlkampfauftritt auftrat, oder eine direkte Wahlempfehlung von Taylor Swift unterstützten Harris und schlossen demonstrativ die Reihen mit ihr. Der Feminismus der besser gestellten Frauen innerhalb des imperialistischen Systems wird von diesen Frauen häufig mit einer angeblichen „Frauen-Solidarität“ verbunden. Dabei werden die Klassengegensätze absichtlich ausgeklammert und ein Zusammenschluss aller Frauen gefordert. Deutlich wurde das z.B. bei der Aussage von Beyoncé auf einer Wahlkampfveranstaltung, dass sie als Mutter und nicht als Prominente oder Politikerin auf der Bühne sei, und Harris deswegen unterstütze.

BÜRGERLICHER FEMINISMUS IST IMPERIALISTISCH-CHAUVINISTISCHER FEMINISMUS

Wenn bürgerlicher Feminismus für alle Frauen, weltweit und unabhängig von Klassenzusammengehörigkeit, gelten soll, so müsste er ja auch die Millionen von Frauen einschließen, die gegen die Unterdrücker und Ausbeuter kämpfen. Aber gerade am hochaktuellen Beispiel des Widerstandkampfes des Volkes von Palästina zeigt sich doch die deutliche Grenze des bürgerlichen Feminismus. Es ist offensichtlich, dass es Harris nicht kümmert, was mit den Millionen Frauen gerade in Palästina passiert. Auch wenn sie regelmäßig bekundet, wie sehr sie das Leid des Volkes von Palästina betroffen mache und man dieses verringern sollte, hat sie und würde sie auch nie wirklich etwas dagegen tun.

Stattdessen befürwortet sie den Vorwand des „Rechts auf Selbstverteidigung“ Israels, d.h. Völkermord, welches dazu führt, dass die israelischen Schlächter von ihren Herren, dem Yankee-Imperialismus nur noch mehr Waffen kriegen. Mit diesen Waffen und dem Rückhalt durch die USA führt Israel insbesondere auch einen Kampf gegen die Frauen Palästinas. Das macht den Yankee-Imperialismus verantwortlich dafür, dass tagtäglich Frauen und Kinder in Palästina ermordet, verstümmelt und verbrannt werden, durch seine Bomben und Gewehre, auf seinen Befehl unter seinem Schutzschirm. Alle Beileidsbekundungen von Harris sind nur Zynismus. Sie versucht das wahre imperialistisch-chauvinistische Gesicht des bürgerlichen Feminismus zu verstecken. Der bürgerliche Feminismus kümmert sich einen Dreck um das Leid der Frauen in den unterdrückten Nationen. Frauen interessieren die Bourgeoisie, egal ob männlich oder weiblich, nur, solange sie dem Imperialismus dienen. Der bürgerliche Feminismus ist lediglich ein weiteres Instrument, um die Macht der Bourgeoisie aufrecht zu erhalten und die Situation ihrer Frauen zu halten bzw. zu verbessern. Dabei geht auch der bürgerliche Feminismus sprichwörtlich über Leichen, auch die von Frauen und Kindern. Im Namen des Kampfes der „zivilisierten“ Länder gegen die *Barbaren*. Proletarische Feministen unterstützen die Befreiungs- und Widerstandskämpfen der unterdrückten Völker der Welt. Sie können und dürfen nicht müde werden zu betonen, dass Frauen genauso wie Männer reaktionär sein können und sie immer den Interessen ihrer Klasse dienen. Kamala Harris ist ein sehr prominentes Beispiel, welches den reaktionären Charakter des bürgerlichen Feminismus sehr offen darlegt. Für uns gibt es keine prinzipienlose „Frauen-solidarität“. •

GEGEN DAS SCHÄBIGE THEATER DER REGIERUNG UND DER „OPPOSITION“ WAHLBOYKOTT!

In einer Zeit, in der sich die Führung der USA ändert, gibt es wichtige politische Veränderungen. Diese Veränderungen werden erhebliche Auswirkungen auf die Weltpolitik haben, auch wenn sich die grundsätzliche Ausrichtung der USA nicht ändern wird.

Gleichzeitig gewinnt der russische Imperialismus in der Ukraine an Einfluss. Der französische Imperialismus, ein wichtiger Partner Deutschlands in der EU, steckt in einer komplizierten politischen Krise. Am wichtigsten aber ist, dass es eine sich beschleunigende wirtschaftliche Krise in Deutschland gibt. Zudem vertieft sich die Krise der bürgerlichen Demokratie in diesem Land.

In dieser Situation entscheidet die politische Führung des deutschen Staates erstaunlicherweise, sich zu spalten und ihre kleinlichen Wahlinteressen an die erste Stelle zu stellen.

Scholz hat vier Punkte gemacht: günstige Energie für die Industrie, ein „Paket“ für die Automobilindustrie, Förderung von Investitionen und niedrigere Steuern für Reiche. Außerdem sollen noch viel mehr Gelder und Waffen für das Selensky-Regime bereitgestellt werden. Alles andere *„gefährdet am Ende sogar unsere Demokratie“*.

Diese Punkte können nur realisiert werden, wenn der Staat neue Kredite aufnimmt. Das ist das gewünschte Programm der meisten finanzkapitalistischen Gruppen.

Sie halten zwar Schuldenregeln für gut, um zu verhindern, dass der Staat mit zu hohen kreditfinanzierten Ausgaben die allgemeine Lage gefährdet, aber die deutsche Schuldenbremse ist für sie unnötig starr.

Eine Lockerung fordern nicht nur „linke“ Ökonomen, sondern auch die Bundesbank und der Sachverständigenrat der deutschen Wirtschaft (d.h. die Bonzen).

Die meisten zeigen sich zuversichtlich, dass die neue Regierung diese Empfehlungen der *Wirtschaft* aufgreift – einen massiven Ausbau der öffentlichen Investitionen. Das könnte eine Reform der Schuldenbremse, ihr begründetes Aussetzen oder ein neues Sondervermögen bedeuten.

Scholz' „Minimalprogramm“ zielt auf eine Entwicklung des Staatskapitalismus ab. Das entspricht den strategischen Bedürfnissen des deutschen Imperialismus.

Lindners Position repräsentiert die Interessen kleinerer, weniger internationalisierter finanzkapitalistischer Gruppen. Diese Gruppen konzentrieren sich stärker darauf, die Ausbeutung der Arbeiterklasse im Inland zu erhöhen. Lindner war sich wohl bewusst, dass er dabei eine Minderheit vertritt. Er wusste, dass er seine Position nicht durchsetzen könnte.

Aber er unterschätzte den Paten von Hamburg. Scholz, der Meister der Täuschung, warf plötzlich alle „Kompromisse“ und „gemeinsame Lösungen“ über Bord. Er schmiss Lindner raus und machte ihn in einer vorbereiteten Rede so fertig, dass dieser kurz danach vor der Presse fast in Tränen ausbrach.

Wahrscheinlich wird die Union bei den kommenden Wahlen stärkste Partei sein werden, wird Friedrich Merz Kanzler werden.

Die kommende Regierung hat bereits ein Programm: Deutschland soll in der EU noch dominanter



werden. Dazu muss es politisch, wirtschaftlich und militärisch stärker werden. Die SPD muss in dieser Situation versuchen, die besten Bedingungen dafür zu schaffen, ein starker „Juniorpartner“ in einer neuen Großen Koalition zu werden.

Die SPD-Regierung hat bereits wichtige Punkte aus dem AfD-Programm übernommen. Dazu gehören das „Sicherheitspaket“, Grenzkontrollen und Abschiebungen nach Afghanistan, die illegal sind. Außerdem hat die SPD mit der Verabschiedung der „Resolution gegen Antisemitismus“ im Bundestag einen modernen McCarthyismus eingeführt. Sie nimmt so der AfD stimmen ab und versucht, die Bemühungen des BSW zu neutralisieren, eine neue bürgerliche Arbeiterpartei zu werden. Die SPD stellt sich als der wahre Verteidiger der arbeitenden Menschen dar. Ihre Gewerkschaften tun das übrige.

Die Grünen setzen auf eine aggressive, nationalistische Kriegsposition. Habeck glaubt, dass er als der finsterste Gegner Putins die besten Chancen auf einen Wahlerfolg hat. Wahrscheinlicher ist, dass die Grünen nur durch ein größeres Umweltunglück aus ihrer Wahlkatastrophe herauskommen können.

Nach der Abspaltung von Wagenknecht ist von der Linkspartei nicht mehr viel Partei übrig. Sie wird immer mehr zu einer „links-populistischen“ Bewegung. Wenn sie Aktivisten aus der „post-autonomen“ Bewegung mobilisieren, um das Bild einer radikalen antifaschistischen Bewegung zu schaffen, haben sie vielleicht eine Chance, ihre Parlamentssitze zu behalten.



Das Beste, was ein ehrlicher Antifaschist jedoch tun kann, ist, sich von der Linkspartei fernzuhalten. Jeder weiß, dass sie in der Regierung kein kleineres Übel ist. Das zeigt deren Zeit in den Regierungen in Thüringen, Berlin und Bremen ganz deutlich.

Jeder, der versucht, den Kampf des Proletariats in legale Formen zu lenken, ist offensichtlich ein Verräter. Die MLPD macht das ganz bravourös, legt ihren Fokus auf Ökonomismus und bürgerliche Politik. Selbst sie erkennen, dass die politische Krise in Deutschland einen Hochpunkt erreicht hat, und doch wollen sie legalistische Gewerkschaftsarbeit und Wahlbeteiligung. Die MLPD prahlt damit, was für eine tolle bürgerliche Partei sie ist, dass sie kampagnenfähig ist und in allen 16 Bundesländern antreten wird.

Das Proletariat muss gegen die Bourgeoisie kämpfen. Das Proletariat muss für das Gegenteil dessen kämpfen, was die Bourgeoisie will und braucht. Die Bourgeoisie benötigt innere Stabilität, mehr Staatskapitalismus, einen Ausbau der Streitkräfte und einen festeren Griff über die EU. Daher muss das Proletariat gegen diese Stabilität kämpfen.

Es muss die Parole „**Kämpft und wehrt euch!**“ erheben, die Wahlen boykottieren und mehr Unordnung erzeugen.

Das Proletariat muss fordern, dass die Kapitalisten für die Krise zahlen. Es muss gegen falsche Arbeiterführer in den Gewerkschaften kämpfen und sowohl legale als auch illegale Streiks fördern. Das Proletariat muss gegen die imperialistische Kriegshetze kämpfen und den proletarischen Internationalismus hochhalten. Es muss die militante Antikriegsbewegung entwickeln.

Außerdem muss das Proletariat gegen die EU kämpfen und den Kampf der unterdrückten Völker unterstützen. Es sollte die Einheit mit Klassenbrüdern in anderen Ländern der EU und der Welt fördern. Das sind die Schlussfolgerungen auch aus dem Ende der unbeliebtesten Regierung und dem verhasstesten Kanzler, den die BRD je hatte.

Neueste Studien zeigen, dass diese Haltungen bereits in der Arbeiterklasse verwurzelt sind. Eine absolute Mehrheit vertritt genuin anti-imperialistische Positionen, nur eine Minderheit zeigt sich „zufrieden“ mit der Demokratie à la BRD. Das zu befördern muss das Ziel aller ehrlichen Revolutionäre sein. •

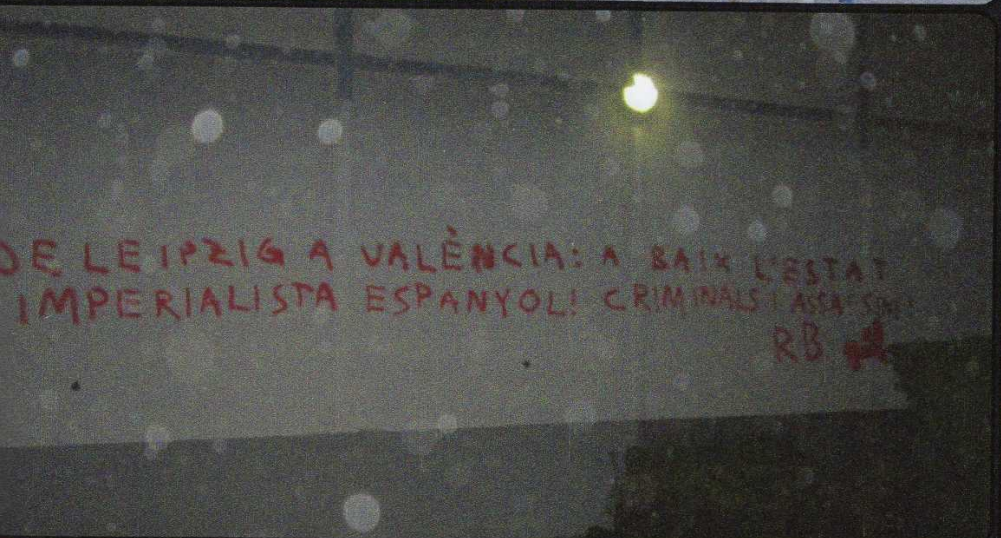


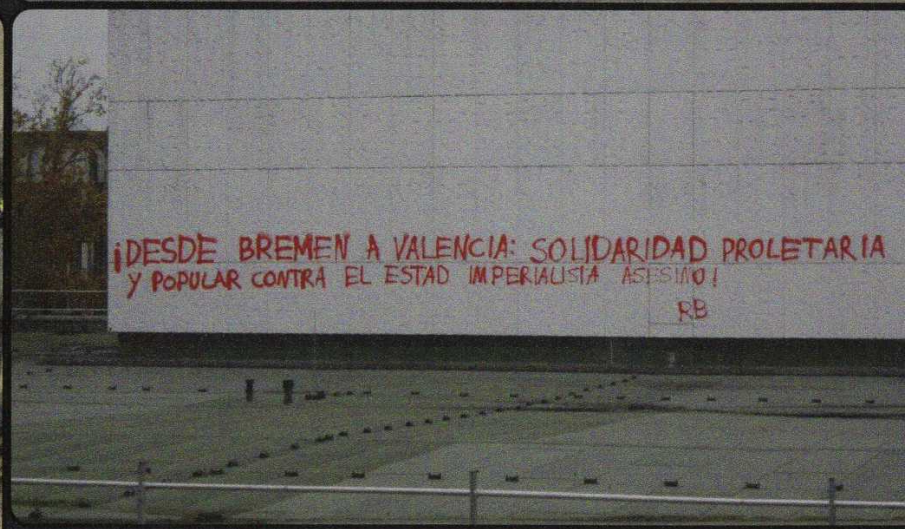
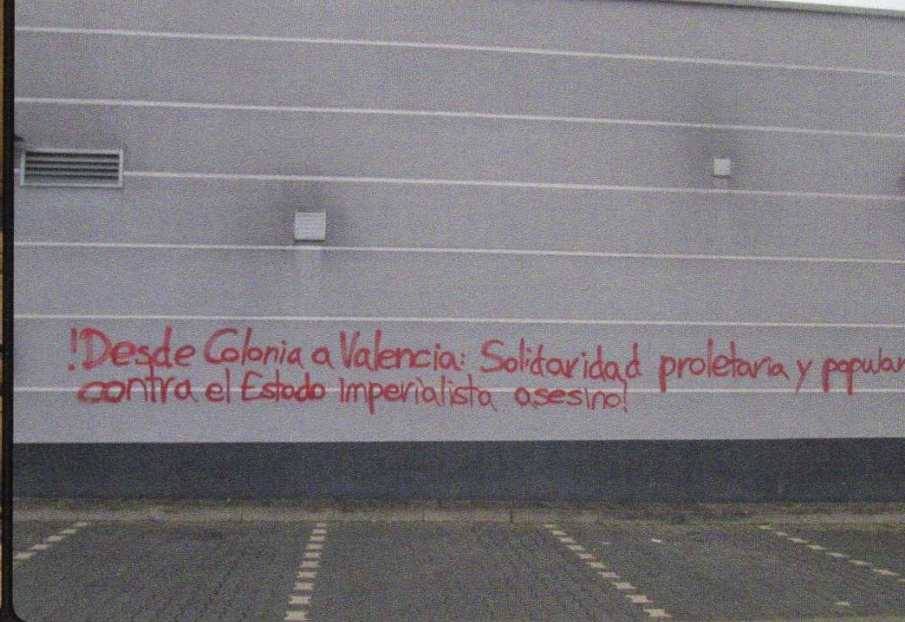
BILD DES MONATS

Valencia nach DANA: Nach den durch die DANA verursachten hundertsten Toten haben die Massen in großem Umfang Proteste entwickelt. In Valencia entwickelte sich daraufhin ein

links, von oben nach unten: Malungen in Kolumbien

mittig: Proteste in Valencia

rechts, von oben nach unten: Malungen in Köln



ung bewusst in Kauf genommenen Zerstörungen und
maß die Autoritäten des spanischen Staats konfrontiert.
itätsskampagne mit dem Volk in Valencia.

m, Hamburg und Leipzig, Solidaritätserklärung aus

en, Essen und in Chile

Quelle: DEMVOLKEDIENEN



METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE: SCHANDE ÜBER DIE IG METALL

Das Ergebnis wurde wie ein Erfolg präsentiert: 2 Prozent mehr ab kommenden April, davor eine Einmalzahlung von 600 Euro, und ab April 2026 nochmal 3,1 Prozent mehr. Die Plakate, auf denen 7 Prozent stand, liegen noch irgendwo hinten im Schrank. Auch im Internet sieht man nichts mehr davon. Obwohl mit dieser schon niedrigen Forderung so lange geworben wurde. Das Tarifiergebnis für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie ist voraussichtlich gerade mal ein Inflationsausgleich (für die kommende, nicht die zurückliegende Inflation). Vielleicht wird dazu noch ein Restaurantbesuch drin sein.

IG-Metall-Chefin Brenner beantwortet alle offenen Fragen zum Ergebnis mit einem Satz: „Die Sozialpartnerschaft ist der wichtigste Stabilitätsfaktor für Betriebe und Beschäftigte in unsicheren Zeiten. Wir finden gemeinsame Lösungen.“ Also man will den Arbeitskäufern nicht auf den Füßen stehen. Erst recht nicht in diesen „schwierigen Zeiten“. Die „Sozialpartnerschaft“ ist Verrat an den Interessen der Arbeiter, welche die Gewerkschaft eigentlich vertreten sollte. Darum sind die DGB-Gewerkschaften eben gelbe Gewerkschaften – feige Verräter, die sich wie verkaufen!

Wenn man sich nicht wehrt, dann muss man schlucken. Die ganze Rhetorik der IG-Metall-Funktionäre ist von Panikmache geprägt. Es ist die Panik der Herrschenden. Wenn man jetzt nicht mit den Unternehmen steht und Einschränkungen in Kauf nimmt, dann ginge es der Wirtschaft und einem selbst bald noch viel schlechter. Diese Verräter unterscheiden sich nur in ihrer Amtsposition von den Schlips-trägern der Wirtschaftsverbände. Sagen tun sie das gleiche.

Die Gewerkschaft möchte dieses Geld in einen „Zukunftsfonds“ stecken. Mit diesem Fonds sollen Arbeitszeitverkürzungen an Standorten finanziert werden, die nicht ausgelastet sind. So wird auch der Staat aus der Verantwortung genommen.

Volkswagen-Personalvorstand Gunnar Kilian lobte die Gewerkschaftsbürokraten. Diese werden selbst jedoch auf keinen Cent verzichten. Auch die Vordenker der imperialistischen Monopole signalisieren Zustimmung. Stefan Bratzel, Gründer und Direktor des Center of

Automotive Management erklärte: „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.“

Die IG Metall agiert entsprechend den Notwendigkeiten des deutschen Imperialismus. Dieser befindet sich in einer Depression, heißt in einer äußerst schwerwiegenden Wirtschaftskrise. Die zuletzt veröffentlichten Zahlen zum Wirtschaftswachstum im dritten Quartal 2024 waren noch einmal 0,1 niedriger als befürchtet.

Das es auch anders geht zeigen zwei Beispiele aus den USA: Am 1. Oktober legten knapp 50.000 Arbeiter in mindestens 36 Häfen der Ost- und Golfküste der USA ihre Arbeit nieder. Nach nur drei Tagen hatte die Gewerkschaft ein vorläufiges Ergebnis: Sechs Jahre lang eine jährliche Lohnerhöhung um 4 Dollar, was auf die Dauer eine Erhöhung von über 60 Prozent ausmacht. Nach mehr als sieben Wochen Streik Zehntausender Arbeiter bei Boeing haben diese eine Lohnerhöhung von 38 Prozent verteilt über vier Jahre erkämpft. Sogar Konzernchef Kelly Ortberg erklärte, er sei „glücklich“.

Der Unterschied ist die jeweilige Situation der beiden imperialistischen Länder. Die Yankees müssen der Verarmungspolitik der Bidenregierung etwas entgegen setzen, um den sozialen Frieden im Land zu erhalten. Der deutsche Imperialismus wird mit der neuen Regierung einen auf Pump finanzierten massiven staatskapitalistischen Impuls geben, um aus der Depression heraus zu kommen. Steuern, Schulden und durch die Gewerkschaften verordneter Lohnverzicht werden dabei die Mittel der Wahl der Herrschenden sein, um die Kosten der Krise auf die Arbeiterschultern abzuwälzen. Dagegen muss und wird sich massiver Widerstand erheben. •



HEXENJAGD UND REPRESSIONEN GEGEN ANTIFASCHISTEN

ANGEBLICHER ANFÜHRER EINER KÄMPFERISCHEN ANTIFA-GRUPPE SOLL FESTGENOMMEN WORDEN SEIN

Vom September 2021 bis zum Juni 2023 verhandelte das Oberlandesgericht (OLG) Dresden, im sogenannten „Antifa-Ost-Verfahren“ gegen vier Antifaschisten. Die Hauptangeklagte war Lina E.

Zu der von der Staatsanwaltschaft konstruierten angeblich fünfköpfigen „kriminellen Vereinigung“ um Lina E., soll angeblich auch ihr Verlobter gehört haben. Er soll der Anführer der Gruppe gewesen und vor Beginn der Verfahren untergetaucht sein. Anfang November soll er nun in einem Regionalzug zwischen Weimar und Jena verhaftet worden sein.

Schon während den fast 100 Tagen im sogenannten „Antifa-Ost-Verfahren“, wurde eine von den bürgerlichen Medien befeuerte Hetzjagd gegen Johann betrieben. Gegen ihn waren zwei Haftbefehle ausgeschrieben. Laut Bundesgerichtshof sind diese am 9. November in Kraft getreten. Einer davon bezieht sich auf Aktivitäten einer Gruppe von Antifaschisten, die in den Jahren 2019 und 2020 in Eisenach, Wurzen und Leipzig Faschisten Paroli boten.

Der Generalbundesanwalt legt den Beteiligten nun Delikte wie schwere Körperverletzung und Landfriedensbruch zur Last, und darüber hinaus auch die Bildung einer „kriminellen Vereinigung“. Im Prozess gegen Lina E. will das OLG diesen Vorwurf bestätigt haben, durch mehr als fragwürdige „Beweise“ und „Aussagen“ (von Verrätern).

Die vier Angeklagten wurden zu Haftstrafen zwischen zwei und fünf Jahren verurteilt. Weil sie bereits zweieinhalb Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatte, kam Lina zunächst gegen Auflagen frei. Die Reststrafe muss sie verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig werden sollte. Am 6. Februar 2025 will der BGH über die Revisionsanträge von Verteidigung und Anklage verhandeln.

Gegen Johann fand während diesem Schauspiel von Gerichtsverhandlung eine Öffentlichkeitsfahndung auf großen Werbetafeln in jeder Stadt statt. In guter deutscher Tradition sollten wieder Antifaschisten bei den Repressionsorganen denunziert und verpöffelt werden. Um das Denunziantentum noch stärker anzustacheln, wurde sogar eine Belohnung von 10.000 Euro auf ihn ausgesetzt.

Am Abend des 8. November ist in den Kernbergen von Jena ein Wohnhaus durchsucht worden. Die Aktion des Landeskriminalamtes folgte auf die Festnahme am Freitagvormittag in einer Regionalbahn zwischen Jena und Weimar. Ein Mobiles Einsatzkommando (MEK), Spezialkräfte des sächsischen Landeskriminalamtes (LKA), führten mit Unterstützung von Zielfahndern die Festnahme durch.

Der entschlossene Kampf gegen den Faschismus ist kein Verbrechen, sondern eine Notwendigkeit.

Die Klassenjustiz der Herrschenden und die parallel dazu stattfindende Hetze der Medien zeigen sehr offen, dass und wie die Herrschenden immer mehr und immer härter gegen Jene zu schlagen, die es wagen sich aufzulehnen. Immer mehr fortschrittliche Menschen werden für ihren Widerstand gegen die Politik der Herrschenden zu langen Haftstrafen verurteilt und folglich versuchen auch immer mehr sich diesen Strafen dann zu entziehen. •

Proteste gegen die Verurteilung von Lina am 31. Mai 2023 in Leipzig



RAZZIEN UND UNMENSCHLICHE LEBENSBEDINGUNGEN: DER „WEISSE RIESE“ IN DUISBURG

In Duisburg steht im Stadtteil Hochheide eine große Wohnanlage, die regelmäßig in den Schlagzeilen ist. Besonders oft geht es um ein weißes zwanzigstöckiges Hochhaus mit 320 Wohnungen.

Der sogenannte „Weiße Riese“. Kürzlich war vor allem ein Großeinsatz der Polizei in diesem Haus das Top-Thema in den lokalen Medien. Doch schon seit geraumer Zeit ist der Weiße Riese für zahlreiche Missstände in der Wohnsituation der Bewohner bekannt.

Plattenbausiedlung haben eigentlich immer ein paar Probleme. Beim „Weißen Riesen“ ist es so, als würden alle Missstände, die es nur geben kann, in eins zusammen zu kommen. Die Bewohner der Wohnanlage berichten von Dreck in Treppenhaus und

den Fluren, die nahezu niemals gesäubert werden, von Schimmel, Wasserschäden, maroder Gebäudeinfrastruktur usw. usf.

Als ob das alleine nicht reicht, kommt dazu noch ein massiver Ungezieferbefall jeglicher Art. Seien es Ratten, Kakerlaken oder Bettwanzen. Bedingungen, unter denen kein Mensch leben müssen sollte.

Eine Dokumentation die kürzlich veröffentlicht wurde, gibt einen überraschend guten Einblick in die alltägliche Lebenssituation im „Weißen Riesen“. Ausnahmsweise wird in dieser nämlich nicht nur über die Bewohner der Hochhaussiedlung gesprochen, sondern diese werden tatsächlich auch interviewt und können den Reportern die Situation in ihrer Wohnung selbst zeigen.





So zeigt eine Frau den Reportern Bilder der leerstehenden Nachbarwohnung in welcher sich Tauben eingenistet haben. Ein Mann beschreibt den Kameraleuten die Situation mit dem Ungeziefer und zeigt ihnen zahlreiche Kakerlaken und Bettwanzen, die in der Wohnung herumkrabbeln.

Eine andere Frau führt das Kamerateam durch das Treppenhaus in welchem schon seit Tagen Exkrememente herumliegen. Mehrfach zeigen Bewohner den Presseleuten kaputte Wände mit Wasserschäden und Schimmel. Die Bewohner äußern auch, dass die Vermieter und die Hausverwaltung schon lange informiert wären und Bescheid wüssten, aber einfach nichts tun.

Eine Bewohnerin bringt es sehr klar auf den Punkt als sie die Situation aus Sicht der Vermieter beschreibt: „Da steckt sehr wohl System dahinter. Wir ziehen jede Menge Miete heraus, aber investieren ist nicht. Ja, und solange das Spiel funktioniert machen wir so weiter!“

Die Hausverwaltung glänzt bei all diesen Problemen durch konsequentes Nichtstun. Eine typische Ausrede, um die Passivität angesichts dieser Zustände zu begründen ist die verhältnismäßig komplexe Eigentümersituation des Hauses. So gibt es in dem ganzen Haus nicht einen Eigentümer,

der alle Wohnungen vermietet, sondern ganze 120. Von diesen sind zwei Eigentümer Großeigentümer, welchen einen relativ großen Teil der vorhandenen Wohnungen vermieten. 48, bzw. 42 Wohnungen befinden sich in deren Besitz. Die restlichen Wohnungen sind auf die verbliebenen 118 Eigentümer aufgeteilt.

Einer der beiden Großeigentümer lebt hunderte Kilometer von Duisburg entfernt in München. Auf Anfrage von Journalisten, die ihn zur Situation im Hochhaus befragen, schob er natürlich die Verantwortung von sich und machte die Bewohner für die schlechten Zustände verantwortlich.

Der andere Großeigentümer ist der Geschäftsmann Mehmet Dertop, welcher sich im Internet selbst als „Visionär und Wohltäter“ bezeichnet. Wie wenig ihn die Lage seiner Mieter kümmert, zeigt dieser „Wohltäter“ allerdings recht deutlich. Als er in der Doku von einer Journalistin angerufen wird, sagt er erst ganz offen, dass er keine Ahnung hat, was in seinen Wohnungen passiert, da er einen Verwalter beschäftigt, der sich für ihn darum kümmert. Als die Journalistin dann nachfragt, ob es ihm denn egal sei, dass seine Mieter in verdreckten Wohnungen leben, beleidigt er die Journalistin und auch ihre Mutter auf patriarchale Weise und legt auf.

Neben den katastrophalen Lebensbedingungen leiden die Bewohner auch unter einer massiven Hetze durch die bürgerliche Presse. Immer wieder wird in reißerischen Artikeln über das „Brennpunkthochhaus“



gesprochen. Die Schuld für all die Probleme dort wird natürlich immer den Bewohnern zugeschoben. Diese seien allesamt angeblich *unhygienisch, kriminell und meist sowieso die Ausländer die sich nicht benehmen könnten*.

Diese Hetze ist offensichtlich auch von der Politik gewollt, bzw. wird von dieser gezielt vorangebracht. So sehen alle „Lösungsvorschläge“ der lokalen Politiker nicht vor, die Eigentümer zu zwingen das Haus und die Wohnungen instand zu halten. Nein! Stattdessen wird lediglich immer wieder darüber geredet, dass Hochhaus abzureisen. So fordert der Duisburger SPD Politiker Mahmut Özdemir beispielsweise öffentlich den Abriss des Hochhauses und ein hartes Durchgreifen des „Rechtsstaates“. Man müsse Vermietern, die „*Schindluder mit diesen Häusern treiben*“ das Eigentum „*aus der Hand nehmen und abreißen*“. Wohin dann mit den hunderten Bewohnern? Das ist Özdemir egal. Auch andere Politiker äußern sich positiv zur Vertreibung der Bewohner, äußern aber häufig Bedenken über die zeitnahe Realisierbarkeit des Abrisses.

Als sei das Verwahrlosen der Wohnanlage und die Hetze von Medien und Politikern nicht genug werden die Bewohner auch noch von den Schikanen der Polizei terrorisiert. So gab es am 29. Oktober eine Razzia in dem Hochhauskomplex. Insgesamt 400 Einsatzkräfte waren an dieser Durchsuchung beteiligt. Die Kontrolle ging von sechs bis zehn Uhr Morgens. Die Menschen mussten die Kontrolle

über sich ergehen lassen und konnten auch nicht zur Arbeit gehen. Ganze 1.400 Menschen leben in dem Hochhaus. Die Bilanz der Polizei nach der Kontrolle: Lediglich 16 Festnahmen wegen des angeblichen Verdachts auf illegalen Aufenthalt in der BRD. Inwieweit dies zur zwangsweisen Kontrolle von hunderten Haushalten verhältnismäßig ist bleibt fraglich.

Der vorgeschobene Grund für die Razzien war der „Missbrauch von Sozialleistungen“. Dieser konnte überhaupt nicht bestätigt werden. Trotzdem spricht Oberbürgermeister Sören Link (SPD) von einem Erfolg und nennt die Belagerung des Hochhauses einen guten Tag für den „Rechtsstaat.“ Jedoch gibt es anhand der Daten der Stadt Duisburg selbst nach bürgerlichen Kriterien keinen Grund für eine solch willkürliche Maßnahme. Das Haus ist zwar verdreckt, aber besonders kriminell ist es eigentlich nicht. Laut den Daten der Duisburger Polizei sei die Zahl der Anzeigen dort im bisherigen Jahresverlauf und in Relation zu der hohen Bevölkerungsdichte sogar eher niedrig. Das ist natürlich im krassen Gegensatz zu der Art wie immer darüber berichtet wird.

Es ist offensichtlich, dass es gewollt ist, die Einwohner des „Weißen Riesen“ mit verschiedenen Mitteln systematisch noch weiter an den gesellschaftlichen Rand zu drängen und es ist deutlich, dass die Bewohner des Viertels keinen Grund haben sollten dem Staat, den Politikern und ihren Bullen noch irgendetwas zu glauben! •



SCHÖNES SACHSEN: GESCHEITERTE SONDIERUNGEN

In Sachsen wird es keine Regierung aus CDU, Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und SPD geben.

Die Sondierungsgespräche sind ergebnislos beendet worden – von Seiten des BSW. Man habe sich bei der sogenannten „Friedensformel“, der Migrationspolitik und dem Thema Finanzen nicht einigen können, laut Berichten der bürgerlichen Medien.

Der Noch-Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) wirft Sahra Wagenknecht vor, die Schuld am Scheitern der Sondierungen zu tragen. *„Dass Frau Wagenknecht ihren sächsischen Leuten so die Beine stellt, ist keine gute Entwicklung“*, sagte Kretschmer und spricht von einer großen Enttäuschung, und davon, dass der Abbruch der Sondierungen überraschend kam.

Noch am Vormittag seien die Arbeitsgruppen gut vorangekommen, sagte Henning Homann von der SPD. Sein Eindruck sei gewesen, dass auch die BSW-Vertreter von der Rückzugsanordnung ihrer Parteispitze überrascht gewesen seien.

Sabine Zimmermann, die sächsische BSW-Maske, und Jörg Scheibe beharren darauf, dass Sahra Wagenknecht erst nach dem Abbruch *„informiert“* und vorher nicht *„gefragt“* worden sei.

In der selben Pressekonferenz legten sie dar, weshalb die Sondierungen angeblich gescheitert sind. Beim Aufweichen der Schuldenbremse habe sich die CDU *„unflexibel“* gezeigt. Diese verweigerte ein *„Entgegenkommen“* bei der Frage nach Aufnahme von Krediten, um die Wirtschaft wieder *„in Schwung“* zu bringen.

Bei Fragen der Migrationspolitik habe sich die SPD *„ideologisch eingemauert“*. Hier hatte das BSW beispielsweise vorgeschlagen, dass Migranten zur Zwangsarbeit heran gezogen werden sollten. Ausschlaggebend seien jedoch die *„unterschiedlichen Auffassungen zum*

Thema Krieg und Frieden“ gewesen, im Bezug auf den Angriffskrieg des russischen Imperialismus auf die Ukraine.

Doch das sich bei den Sondierungen quergestellt wurde, ist in der Tat keine Überraschung. Auf der einen Seite haben wir die SPD. Diese blockiert den Einzug des BSW in die Regierung auf Länderebene, indem die Sondierungen zum Scheitern gebracht wurden.

Das haben sie gemacht, indem die Widersprüche zwischen den lokalen Kräften und der Parteiführung gezielt, auch über die bürgerlichen Medien, zugespitzt wurden. Das wird unter anderem durch die Aussage von Scheibe (BSW) auf der Pressekonferenz, man könne sich nicht bis zu Unkenntlichkeit verbiegen, zum Ausdruck gebracht.

Somit versperren die Sozialdemokraten der Wagenknecht-Partei die Möglichkeit die versprochenen *„Veränderungen“* zu bringen. Wird dieses Versprechen nicht umgesetzt, so wird das BSW irrelevant und verbleibt im besten Fall in der Rolle der Protestbewegung oder Oppositions-Partei. Damit arbeitet die SPD daran ihren Konkurrenten, welcher anstrebt, die neue bürgerliche Arbeiterpartei zu sein, zu neutralisieren.

Was die CDU anbelangt, besteht hier ein Widerspruch zwischen dem Ziel in Sachsen Regierungspartei zu sein und der sozialen Basis der CDU. Es wurde schon in der Frage, welche Regierungskoalition denn nun möglich sind aufgebracht: Die CDU hat ein Parteidekret, welches verbietet, dass diese mit der Linkspartei eine Koalition bildet. Es ist also nicht so schwer sich vorzustellen, auf wie viel Begeisterung es unter CDU'lern trifft, wenn mit der Abspaltung der Linkspartei regiert werden soll.

Die Krise der bürgerlichen Demokratie spiegelt sich in Sachsen auf regionaler Ebene wieder. Die Herrschenden sind nicht in der Lage eine stabile Regierung zu bilden, entsprechend sind die Voraussetzungen gut, dass die Arbeiter diese stark unter Druck setzen und für noch mehr Unruhe sorgen. •



DIE ROLLE DER FRAUEN IN DER SCHLACHT VON BARRO BRANCO

aus einem Bericht der Volksfrauenbewegung Brasiliens

Am 28. September waren die Bauern von Barro Branco einem heftigen Angriff einer bewaffneten Bande ausgesetzt. Diese versuchten in das Lager einzudringen und es zu zerstören. Der kühne Widerstand der Besetzer zusammen mit Studenten und Bauern aus benachbarten Gebieten, zwang die Lumpen zum Rückzug. Der Sieg des bäuerlichen Widerstands wird durch die Rolle, die die Frauen des Volkes einnehmen, gesichert. Sie standen und stehen an vorderster Front der Konfrontation und der Organisation des bäuerlichen Kampfes. Sie leiten Arbeitskomitees und erfüllen die schwierigsten Aufgaben exzellent. Im Kampf für „Das Land dem Pflüger“ sind die Bäuerinnen von Barro Branco beispielgebend. Sie bestätigen die fundamentale Rolle der Frauen in der brasilianischen Revolution.

Die tapfere Leistung der Bäuerinnen bei der Verteidigung der Ländereien von Barro Branco wird von der Volksfrauenbewegung, MFP, organisiert. Diese übernahm die Aufgabe kurz nach der Ankunft der Liga der armen Bauern, LCP. In wichtigen und wertvollen Treffen mit den kämpfenden Bauern arbeitet die MFP an der Organisation der Aufgaben, um die Entwicklung der Bäuerinnen weiter voranzutreiben. Es ist üblich, dass Bäuerinnen den ganzen Tag über am stärksten vor Ort präsent sind. Auch darum haben sie in der Vergangenheit die Führung im Kampf gegen bewaffneten Lumpenbanden und die örtlichen Polizisten übernommen, um die Ländereien von Barro Branco entschlossen zu verteidigen. Die Töchter dieser Länder verkörpern bereits den revolutionären Zorn der Frauen

und sie haben sich immer wieder in den erbitterten Kampf gegen die Großgrundbesitzer gestürzt.

Clara (alle Name von der Redaktion geändert) ist hier geboren und aufgewachsen. Sie berichtet von den häufigen Angriffen, denen sie ausgesetzt ist. Die Polizei drang auf Geheiß eines Grundbesitzers willkürlich in ihr Haus ein, sie wurde belästigt und einige ihrer Habseligkeiten wurden zerstört. In all diesen Momenten des Konflikts verteidigte die Bäuerin mutig ihr Zuhause, ihre Familie und ihre Würde. Claras berüchtigte Kampfbereitschaft und ihre Beharrlichkeit zeigen sich in all ihren kämpfenden Schwestern, wie bei einem MFP-Treffen festgestellt wurde: **„Keiner von uns sollte seinen Kampf aufgeben, wir sind wie eine Kette, eine gibt ihre Kraft an die andere weiter.“**

Viele Genossinnen haben Führungspositionen beispielsweise in den Komitees für Gesundheit, Ernährung, Agitation und Propaganda usw. inne. Sie bauen Zäune, beschaffen Gelder für die Ausgaben der Versammlungen, für Reisen, Essen usw. Sie tun dies, um einen Grundsatz der MFP in die Praxis umzusetzen: **„Unabhängigkeit im Kampf bewahren und sich immer auf die eigene Stärke verlassen.“**

Die Frauen standen auch an vorderster Front beim Hissen der palästinensischen Flagge, weil sie den Internationalismus des Klassenkampfes und die Ähnlichkeiten zwischen dem heroischen Widerstand von Menschen aus verschiedenen Orten gegen die Gewalt des Imperialismus verstehen.



In der Schlacht von Barro Branco, am 28. September 2024, organisierten die Bauern ihre Selbstverteidigung. Sie leisteten mit Sicheln, Hacken, Stöcken und Steinen standhaft Widerstand gegen die feigen Handlanger des Großgrundbesitzers. Barrikaden wurden errichtet, um die bewaffneten Lumpen in eine Falle zu locken. Bei der Ankunft von Studentinnen, Aktivistinnen und Bäuerinnen aus der Nachbarschaft, hissten sie rote Fahnen und sangen revolutionäre Lieder und riefen Parolen, um die Feinde des Volkes einzuschüchtern.

Der revolutionäre Glaube der Genossinnen drängte sie an die vorderste Front der Schlacht. Dona Sandra überlegte nicht lange, bevor sie sich in die Schützengräben des Kampfes begab, sich unter die Menge der Bauern und Studenten mischte. „Ich ging alleine, mit meiner Sense in der Hand, ich ging allein und mit Gott. Mein alter Herr sagte: „Gehst du da allein in diesem Haufen Leute auf und ab? Um Himmels willen, komm zurück!“ Aber ich antwortete: „Ich gehe nicht, ich gehe überhaupt nicht zurück!“ „Sie [die Militärpolizei] rannte hinter die Kirche, einer sagte zu mir, ich solle die Sichel weglegen und hineingehen. Ich sagte zu ihm: „Du denkst, ich bin du, oder? Die sich aus Angst, erschossen zu werden, verstecken. Ich werde hier bleiben, mit den Kindern und den anderen Leuten. So werde ich, wenn ich sterbe, sehr zufrieden sterben. Ich werde mein Blut im Kampf vergießen!““

Erschrocken über den furchtlosen Widerstand der Bauern und Studenten schlichen die bewaffneten Lumpen davon. Zu den Feiglingen gehörte auch deren Anführer, José Antônio Fonseca de Mello, der während der Konfrontation in den Bauch geschossen wurde. Auch einer seiner Handlanger wurde angeschossen und zehn weitere wurden verletzt. Dies war die erste bewaffnete Aktion der paramilitärischen Lumpenbande im Bundesstaat Pernambuco, und der Mut der Bauern hat sie als Sieger über ihre Feinde wachsen lassen und gezeigt, wie wichtig es ist, das Volk auf unabhängige, klassistische, kämpferische und revolutionäre Weise für die Eroberung des Landes zu organisieren.

Während der Schlacht wurden auch zwei Bäuerinnen und eine Pädagogikstudentin angeschossen. Es geht ihnen gut. Die angeschossene Bäuerin wohnt in einem

Nachbargebiet, und war in der Nähe des Geschehen, als ihr in die Schulter geschossen wurde. „Noch bevor ich richtig ankam, wurde ich angeschossen.“ Trotzdem wankte sie nicht.

Viele Bäuerinnen sprechen lächelnd über die Verbindung der Jugend von Recife mit den Bauern, so wie Sandra: „Als ihr das erste Mal hierher kamt, habt ihr diese Ausstrahlung, diese Stärke mitgebracht, ihr habt allen Mut gemacht, wir haben uns auf diese Art und Weise an euch gebunden. Es gibt niemanden, der uns hier wegholt.“



Auch die Studentin Ana Cecília schloß sich furchtlos den Reihen des erbitterten Kampfes an. Nachdem Cecília in den Fuß geschossen worden war, wurde sie ins Krankenhaus gebracht, aber sie bestand darauf, nach Barro Branco zurückzukehren und bis zum Ende zu bleiben. Die Heldentat von Cecília inspiriert alle jungen Kämpfer, sich mit ganzem Herzen dem Dienst am Volk zu widmen und in den Schützengräben des Klassenkampfes standhaft zu bleiben, auch auf den

verschlungensten Wegen, denn der Sieg über den Feind ist sicher, und die Einheit des Volkes ist sein größter Schutzschild. Elizabet erklärt: „Es war ein großartiger Kampf, denn wir haben gewonnen! Mit der Organisation, die wir hatten, mit den Genossinnen, nur mit Macheten, Sicheln und Stöcken haben wir gewonnen! Sie waren mit schweren Waffen ausgestattet, mehr als fünfzig Männer, alle bewaffnet. Sie verließen das Land voller Angst. Dies ist das Schicksal aller

unterdrückten Menschen auf dem Land, die durch Organisation und Anwendung revolutionärer Gewalt alles erobern werden, damit sie denen dienen können, die dort leben und arbeiten!“ •



WEIHNACHTSFEIER

Das Jahr neigt sich dem Ende und Weihnachten steht wieder vor der Tür. Nach Wochen und Monaten voller Maloche und Stress freuen sich viele von uns auf ein besinnliches Fest in Kreisen der Familie. Das wissen die Chefs auch. Aus der Vorfreude auf Weihnachten lässt sich in vielerlei Kapital schlagen.

Darum gibt es traditionell in vielen deutschen Firmen und Unternehmen Weihnachtsfeiern. Ein Abend, wo alle Unzufriedenheit in der Regel mit Glühwein und Schnaps runter gespült wird. Wo der Chef wieder der „Freund“ ist, die Firma wieder eine „Familie“. Für einen Abend vergisst man die Streitigkeiten. Traditionell beginnt das Prozedere mit einer Sache:

HONIG UMS MAUL SCHMIEREN

Viele Chefs treten dieser Tage im ganzen Land vor ihre Truppen und Belegschaften und erzählen, was das Jahr so gebracht hat. Es sind schwierige Zeiten, klar. *Wegen der Regierung, Putin, der Hamas und haste-nicht-gesehen.* Vielerorts ist die Auftragslage schlecht.

Es ist wichtig, als Firma, als Unternehmen in diesen Zeiten zusammenzustehen. Dass jeder im Zweifel ein

bisschen kürzer tritt. Und dass alle so gut „zusammengehalten“ haben, dafür möchte man sich bei allen ganz herzlich bedanken. Für den Einsatz für die Firma dieses Jahr. Es wurden tolle Leistungen erbracht. *Man ist sehr stolz auf seine Mitarbeiter.* So viel schmeichelnde Worte, aber dabei kommt nichts praktisches auf den Tisch.

WIR BRAUCHEN KEIN DANKESCHÖN!

WIR WOLLEN MEHR GELD!

Und nicht nur billigen Glühwein! Bei mittleren und kleinen Unternehmen muss insbesondere das Gerede vom „Zusammenstehen“ in schwierigen Zeiten entlarvt werden:

1. Bei den meisten steht nicht an erster Stelle die Existenz der Firma, sondern die Profite der Bosse auf dem Spiel. Wenn wir mehr Lohn bekommen, greift das ihren Geldsack an, aber nicht das Leben des Betriebs.
2. Sie alle biedern sich den Monopolen an. Die Monopole schachern mit den Arbeitsplätzen von Zehn- und Hunderttausenden, um ihre Milliardenprofite zu steigern! Aber weil die Monopole größer sind, tun die kleineren Firmen alles, um ihre Aufträge zu behalten. Unser gemeinsames „Kürzertreten“ folgt aus Profitgier der deutschen Monopole. Sollen wir das einfach so mitmachen und Glühwein trinken, bis unsere Job doch auch noch gestrichen wird?

MEHR AUSLÄNDER,

WENIGER WEIHNACHTSFEIER?

In der Regel folgt dann ein klassisches deutsches Saufgelage. Man bietet uns eintönige Ballermann-Musik, der Chef lässt vielleicht noch ein paar patriarchale Sprüche, im schlimmsten Fall geht's noch auf Firmenkosten ins Rotlichtviertel. Doch die Weihnachtsfeiern werden kleiner. Denn viele haben gar keine Lust mehr darauf. Das hat mehrere Gründe.



Zum einen die allgemeine Unzufriedenheit. Zum anderen nimmt die Anzahl der Arbeiter mit Migrationshintergrund zu. Von diesen kommen natürlich nochmal weniger zur Weihnachtsfeier. Das passiert nicht nur aus Desinteresse an den Bräuchen des christlichen Abendlandes. Das ist auch Ausdruck davon, dass sie sich oft nicht als Teil fühlen, weil sie

auch nicht als Teil behandelt werden, sondern stets Rassismus im Alltag erfahren, befeuert durch die bürgerliche Hetzpresse. Insofern ist die mangelnde Begeisterung nur folgerichtig und sie ist auch nicht schlecht. •

Weihnachtsgedicht eines Lesers:

Advent, Advent – der Laden brennt
Die Wirtschaft liegt im Abwärtstrend

Komm bei den Aufträgen nicht hinterher
erst einer, dann zwei, dann drei, dann zehn
der Chef macht Stress, der Winter ist schwer
die Weihnachtszeit wird unbequem

Konsumterror, der mich ständig drängt
Geschenke, die man nicht wirklich gern schenkt

Steuern, die ich von meinem Lohn abdrück'
Für Mord und Krieg, das ist kein Glück

VW-Bosse, sich im Luxus verlieren
Während ich kämpfe zu existieren

Ich will:

dass sich mein Chef verpisst
Mir einfach meine Ruhe lässt

arbeiten, mit meiner Liebsten lachen
für meine Kids da lass ich's krachen
einfach leben ohne große Sachen
einfaches Glück gemeinsam machen

Doch er lässt mich nicht
der Bonze-Politiker-Kapitalistenhund
Die Rebellion wird mir zur Pflicht
Drum steh ich jetzt im Roten Bund

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Vortrag:

Aktuelle Situation des Klassenkampfes in der Türkei

13. 12. | 19:00 Uhr

Paradox | Bernhardstraße 12

Café Rebellion

BDP-Haus (Am Hulsberg 136)

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

ab 17 Uhr

L
E
I
P
Z
I
G

Vortrag:

ÜBER DEN MAOISMUS

So 08.12.24 18 Uhr
Georg-Schwarz-Straße 44
04117 Leipzig

ROTER BUND

CHAIRMAN
Mao Tse-Tung
毛泽东

130
YEARS (1893-2023)

Proletarians of all countries, unite!
LONG LIVE MAOISM!

demvolkedienen.org roterbund.de berlin@roterbund.de

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Hamburg |

rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

ROTE POST